

# Plötzlich unter Verdacht

**Kontosperrung.** Comdirect kündigt massenhaft Kunden ohne Begründung. Dahinter steht wohl ein – oftmals falscher – Geldwäscheverdacht.

Uns steht das Wasser bis zum Hals. Das ist Wilfried Stuckmanns erster Satz am Telefon. Comdirect verweigert ihm zu diesem Zeitpunkt seit über einer Woche den Zugriff auf sein Bankguthaben. Der pensionierte Lehrer bemerkt den Schlamassel erstmals, als er beim Italiener nicht mehr mit seiner Kreditkarte zahlen kann. Bald stellt sich heraus, dass sein Geld auf Eis liegt – wie bei russischen Oligarchen. Seine Zahlungsverpflichtungen kann er nun nicht mehr erfüllen. Die Rate für sein neues Haus etwa. „Die Abbuchung wurde bei uns jetzt retourniert“, schreibt ihm die Sparkasse Westmünsterland am 1. April. Was wie ein Scherz klingt, kostet Geld. Wegen der Nichteinlösung der Abbuchung seines Darlehens fallen bereits Gebühren an.

## Ein unfreundlicher Akt

Seine Frau, ebenfalls pensionierte Lehrerin, kann nicht aushelfen. Auch ihr Konto ist gesperrt. Ebenso die Konten ihrer Kinder. Sechs Familienmitglieder bekommen gleichlautende Schreiben der Comdirect: „Wir machen gemäß unseren allgemeinen Regelungen von unserem Kündigungsrecht unter Einhaltung



## 10 000

Euro bar aufs Konto einzahlen?

Um den Verdacht auf Geldwäsche auszuräumen, müssen Kontoinhaber einen Nachweis über die Herkunft vorlegen.

einer Kündigungsfrist Gebrauch“, heißt es darin. Die Bank beendet die gesamte Kontoverbindung fristgerecht zum 3. Juni 2022.

Eine Begründung für den unfreundlichen Akt fehlt. Und obwohl noch zwei Monate Zeit bis zur Kontoauflösung sind, kann Wilfried Stuckmann bereits jetzt keine Transaktionen mehr ausführen. Seine Frau muss sich Geld leihen und eröffnet damit ein Konto bei einer anderen Bank, um die Rate zu bedienen.

## Comdirect antwortet nicht

Besonders ärgert die Familie, dass ihnen Comdirect nach all den Jahren nicht erklärt, warum sie ihnen gekündigt hat und bei Nachfragen regelrecht mauert. Sohn Stefan schreibt bei Twitter, die Bank teile nur mit, dass man ihnen nichts sagen könne. Der Fall sei von einer anderen Abteilung ausgelöst worden, die nicht nach außen kommuniziere – habe Comdirect geschrieben. Man werde auf Rückrufe vertröstet, die nicht kommen. Er recherchiert im Netz und stößt auf weitere Fälle und einen Verdacht: Geldwäsche. Tatsächlich hatte sein Vater eine größere Summe bar zur Bank gebracht. Seit August 2021 muss für Bar-einzahlungen bei Geldhäusern ab 10 000 Euro ein Herkunftsnachweis vorgelegt werden. Stefan Stuckmanns Eltern hatten für eine Hausfinanzierung Bargeld aus einem Schließfach zur Comdirect gebracht. Ihnen fehlte damit der notwendige Nachweis über die Herkunft des Geldes. Wahrscheinlich löste das den Geldwäscheverdacht aus. Die Stuckmanns wissen es nicht, bestätigen aber schriftlich, dass sie das Geld angespart haben. Sie hoffen, dass die 20 Jahre, in denen sie der

# 144 000

Verdachtsmeldungen gab es 2020. Seither wurden allerdings die Gesetze weiter verschärft.

Bank die Treue gehalten haben, eine Rolle für den Erhalt der Kontoverbindung spielen. Doch da haben sie sich getäuscht.

## Deutliche Gesetzesverschärfung

Dass Comdirect die Stuckmanns nicht über die Hintergründe aufklärt, könnte auch mit Paragraf 47 des Geldwäschegesetzes zusammenhängen, der genau das verbietet. Wegen Verdunkelungsgefahr dürfen Banken ihre Kunden nicht informieren. Gleichzeitig drohen empfindliche Bußgelder und Strafen, sollten nötige Verdachtsmeldungen nicht abgegeben worden sein. 2021 kam es überdies zu einer Gesetzesverschärfung. Seither gilt ein sogenannter All-Crime-Ansatz: Geldwäscheverdächtig sind nicht mehr nur Vermögensgegenstände, die aus schweren Straftaten herrühren – es reicht, wenn sie mit irgendeiner Straftat in Verbindung stehen. Das führt dazu, dass schon eine Gewinnuttschrift von wenigen Cent aus einem illegalen Online-Glücksspiel eine Verdachtsmeldung auslöst, so der Geldwäscheexperte des Bundesverbands der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, Peter Langweg. Diese muss an die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) beim Zoll gemeldet werden.

## Aufwand für Banken

Eine solche Meldung verändert das Verhältnis von Kunden und Geldhaus grundlegend. Von nun an muss die Bank das Monitoring schärfen und notfalls fortlaufend Verdachtsmeldungen abgeben. Laut Experten dauert die Erarbeitung solcher Meldungen bis zu 50 Minuten. Ein Aufwand, der manche Banken zur Kündigung veranlassen könnte, anstatt Ursachen zu klären. Zumal die Anzahl der Meldungen schon vor der Gesetzesänderung auf 144.000 Fälle im Jahr 2020 gestiegen war. 97 Prozent davon kamen nach Angaben der FIU aus dem Finanzsektor.

Das Problem besteht daher nicht nur bei der Comdirect. Während andere Banken dieselben Regularien zu erfüllen haben, häufen sich die Beschwerden über die Comdirect. Das kann damit zusammenhängen, dass Banken unterschiedliche EDV-Systeme, Risikoanalysen und Schwellenwerte nutzen, um auffällige Transaktionen zu identifizieren. Ob

hier Probleme bestehen oder Mängel bei der Kundenidentifikation eine Rolle spielen, über die kürzlich berichtet wurde, beantwortete Comdirect auf unsere Anfrage nicht.

## Sehr viele Betroffene

Finanztest sprach mit anderen Kundinnen und Kunden, denen ebenfalls ohne Begründung Konten gekündigt wurden. Die Hamburger Anwältin Christiane C. Yüksel vertritt viele Fälle. Über 100 Betroffene hätten sich nach einem Zeitungsbericht an sie gewandt, ausschließlich Kunden der Commerzbank und der Comdirect, die eine Tochter der Commerzbank ist. Auch ihr selbst sperrte Comdirect das Konto. Sie musste vor Gericht eine einstweilige Verfügung erwirken.

Zu den vielen Kündigungen teilte die Bank Finanztest nur mit, dass sie berechtigt sei, „den Vertrag ohne Angabe von Gründen zu beenden“. Dass es sich oft um einen Geldwäscheverdacht handeln dürfte, legt der Fall von Artur L. nahe, der den Grund für seine Kontosperrung am 1. März 2022 erst vor Gericht erfährt. Im Beschluss heißt es, Comdirect habe eine Geldwäscheverdachtsanzeige bei der FIU abgegeben. Am nächsten Tag war sein Konto gesperrt und später gekündigt.

Bei ihm löste ein privater Kredit im fünfstelligen Bereich den Verdacht aus, der ihm von einem Freund zurücküberwiesen wurde. Sein Freund, selbst Kunde bei der Bank, war verdächtig, weil er mit Kryptowährung gehandelt hatte – nicht illegal, aber ein Indikator für Geldwäsche. Beiden kündigte die Bank. Artur L. wurmt noch heute die Art des Umgangs. Er arbeitet selbst bei einer Bank und kennt die Gepflogenheiten. Obwohl er die legale Herkunft des Geldes belegen konnte, unterlag er vor Gericht. Die Bank müsse „im Zweifel“ Meldung erstatten. Es hätte aber nicht nachgewiesen werden können, dass die Kontosperrung „vorsätzlich oder grob fahrläs-

## Unser Rat

**Vorbeugen.** Einen Geldwäscheverdacht können Sie schnell verursachen: Bareinzahlungen ab 10.000 Euro bei einer Bank oder der Handel mit Kryptowährungen reichen dafür schon aus. Um Ärger zu umgehen, sollten Sie vorher mit Ihrer Bank sprechen und sie über bevorstehende Transaktionen in dieser Höhe informieren.

**Nachweisen.** Sorgen Sie nach Möglichkeit dafür, Geldbewegungen erklären zu können. Akzeptiert sind: Barauszahlungsquittungen einer anderen Bank, Sparbücher, aus denen die Auszahlung in bar hervorgeht, Verkaufs- und Rechnungsbelege etwa zum Auto- oder Goldverkauf, Schenkungsverträge, eine Schenkungsanzeige oder vom Nachlassgericht eröffnete letztwillige Verfügungen.

sig“ sei, so der Beschluss. Allerdings musste die Bank die Sperre nicht fast zwei Wochen aufrechterhalten. Die Comdirect sei nicht verpflichtet, aber berechtigt, Verfügungssperren wieder aufzuheben, heißt es dazu im Gerichtsbeschluss.

## Richter kritisiert Gesetz

Abschließend weist der Richter darauf hin, dass das lückenhafte Geldwäschegesetz Banken einen Handlungszwang auferlege, der tief in die Geschäftsbeziehungen mit Kunden eingreife und Kunden aus diesem Verfahren durch das Versagen von Informationsrechten ausklammere. Ein Hinweis an den Gesetzgeber. Es existieren bereits Kanzleien, die sich auf das wachsende Problem des Geldwäscheverdachts bei Privatkunden spezialisiert haben. Der Rat eines Anwalts: besser vor einer Transaktion, die verdächtig erscheinen könnte, die Hausbank anrufen. ■